

Protokoll

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Sitzung: Mittwoch, 23.09.2015

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Holger Herlitschke - B90/GRÜNE

Mitglieder

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Herr Peter Edelmann - CDU

Herr Björn Hinrichs - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Nicole Palm - SPD

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Vertretung für: Herrn Dr. Dr. Wolfgang Büchs

Herr Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann - Piratenpartei

Herr Jürgen Wendt - CDU

weitere Mitglieder

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

sachkundige Bürger

Herr Gregor Dreischhoff -

Herr William Labitzke -

Herr Jörg Matthes -

Frau Barbara Räder - B90/GRÜNE

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Klaus Benscheidt - FBL 66

Herr Thorsten Warnecke -

Frau Bianca Winter - RefL. 0600

Protokollführung

Herr Thomas Schulze -

Abwesend

Mitglieder

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Andreas Becker -

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.07.2015 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Gleisinstandsetzung John-F.-Kennedy-Platz - Auguststraße - Stobenstraße
Aufteilung in Projektabschnitte | 15-00516 |
| 3.2 | Kostenlose Energieberatung für Bürgerinnen und Bürger | 15-00631 |
| 3.3 | Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung
"Mascheroder-, Rautheimer- und Salzdahlumer Holz" | 15-00531 |
| 3.4 | Antrag auf Vorsetzen einer Fensterwand der Eckert & Ziegler
Nuclitec GmbH | 15-00773 |
| 3.5 | Sachstand Fernbusbahnhof Braunschweig - mündlicher Vortrag | |
| 3.6 | 124. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig; Anhörung zur Teילהnung der Genehmigung | 15-00832 |
| 4 | Radverkehrsführung Stöckheimstraße | 15-00298 |
| 5 | Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Wallring-Süd", IN 236
Stadtgebiet zwischen Wilhemitorwall, Westlichem Umflutgraben der Oker, Gieseler, Kalenwall, Bruchtorwall, Lessingplatz, Augusttorwall, Östlichem Umflutgraben der Oker, Bürgerpark, Volkswagen-Halle, Konrad-Adenauer-Straße, Theodor-Heuss-Straße, Holz-
hof und der Straße Am Alten Bahnhof | 15-00087 |
| 6 | Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Wallring-Ost", IN 235
Stadtgebiet zwischen Wolfenbütteler Straße, Hennebergstraße, Bürgerpark, Östlichem Umflutgraben der Oker, Bürgerbadepark, Augusttorwall, Lessingplatz, John-F.-Kennedy-Platz, Löwenwall, | 15-00476 |

Magnitorwall, Theaterwall, Am Fallersleber Tore, Botanischer Garten, Kasernenstraße, Bismarckstraße, Parkstraße, Adolfstraße und Campestraße
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

7	Rad-/Gehweg Mascherode - Salzdahlum	15-00566
8	Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen; städtische Stellungnahme gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	15-00574
8.1	Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen; städtische Stellungnahme gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie	15-00574-01
9	Anträge	
9.1	Elektromobilität voranbringen	15-00555
9.2	Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose für Braunschweig	15-00611
9.2.1	Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose für Braunschweig / Änderungsantrag zum CDU-Antrag 15-00611	15-00834
9.3	Änderungsantrag zu 15-00065 (Kopfsteinpflaster angleichen)	15-00450
9.4	Beitritt der Stadt Braunschweig zur Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e. V. (AGFK)	15-00685
9.5	Unterschutzstellung von Grund und Boden in der Stadt	15-00716
9.6	Bewertung des Nationalen Entsorgungsprogramms	15-00717
9.6.1	Bewertung des Nationalen Entsorgungsprogramms	15-00717-01
9.7	Baumschutz bei Bebauungsplänen	15-00721
10	Anfragen	
10.1	Personelle Ausstattung von Haus Entenfang	15-00667
10.2	Sachstandsanfrage zum Hochwasserschutzkonzept 2014	15-00686
10.3	Fracking in Braunschweig?	15-00718
10.4	Angebot an die BBG wg. Kalandstr. 6 - 9	15-00820

Nichtöffentlicher Teil:

- 11 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 12 Mitteilungen
- 13 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsherr Herlitschke eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Ratsherr Herlitschke weist auf die in der Nachtragstagesordnung dargestellten Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung hin.

Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.07.2015

Auf Anregung von Bürgermitglied Räder wird die Protokollierung zu TOP 7, Städtebaulicher Vertrag „Langer Kamp“ wie folgt geändert. „Auf Frage von Ratsherrn Dr. Büchs erläutert Frau Costabel, welche Teile des vorhandenen Baumbestandes erhalten bleiben.“

Beschluss:

"Die Niederschrift über die 41. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 08. Juli 2015 wird genehmigt."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Mitteilungen

3.1. Gleisinstandsetzung John-F.-Kennedy-Platz - Auguststraße - Stobenstraße 15-00516 Aufteilung in Projektabschnitte

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung.

Ratsherr Manlik macht darauf aufmerksam, dass es durch die Teilung der Maßnahme zu keinen zusätzlichen Verkehrsbehinderungen kommen darf.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2. Kostenlose Energieberatung für Bürgerinnen und Bürger 15-00631

Auf Frage von Ratsherrn Schicke-Uffmann teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass die Energiebera-

tung durch einen Mitarbeiter von BSI Energy und eine Mitarbeiterin der Stadt Braunschweig sowie drei wechselnde ehrenamtliche Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der reka (Regionale Energie- und Klimaschutzagentur e.V.) erfolge. Die seinerzeitige Zusage der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft, auch einen Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin für die Energieberatung aus ihren Reihen bereitzustellen, hätte bisher leider nicht umgesetzt werden können.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.3. Änderung der Landschaftsschutzgebietsverordnung "Mascheroder-, Rautheimer- und Salzdahlumer Holz"

15-00531

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.4. Antrag auf Vorsetzen einer Fensterwand der Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH

15-00773

Auf Frage von Ratsherrn Rosenbaum teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass davon auszugehen sei, dass sich die Kubatur des Gebäudes durch die vorgesezte Fensterwand nur minimal verändere.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.5. Sachstand Fernbusbahnhof Braunschweig - mündlicher Vortrag

Herr Heinz von der LK Argus GmbH stellt den Sachstand zum Fernbusbahnhof Braunschweig anhand einer Beamerpräsentation dar.

Im Anschluss beantwortet Herr Heinz Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Frage von Ratsherrn Dobberphul teilt Herr Heinz mit, dass die Busse den Busbahnhof rückwärtsfahrend verlassen müssten. Diese Lösung sei für die Fahrgäste besser, da diese nicht auf die Fahrbahn treten müssten. Dieses System orientiere sich am Hamburger Busport und habe sich dort bewährt.

Ratsherr Dr. Plinke regt an, dass die Busse vorwärts ausfahren sollten. Herr Heinz erläutert, dass dies aufgrund der vorhandenen Platzverhältnisse nicht möglich sei.

Ratsherr Kühn gibt zu bedenken, dass das rückwärtige Ausfahren insbesondere für Busse mit Anhänger schwierig sei.

Ratsherr Dobberphul regt an, dass über dem Fernbusbahnhof ein Fahrrad- und Pkwparkhaus errichtet werden sollte. Damit könne die Mobilität des Bahnhofes aufgewertet werden.

Herr Heinz erklärt, dass ein solches Parkhaus in Gießen vorhanden sei. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass diese Lösung auch für den Fernbusbahnhof Braunschweig realistisch sei und in der weiteren Planung berücksichtigt werden könne. Stadtbaurat Leuer macht darauf aufmerksam, dass auch die Rampe für die vorgesehene Regiostadtbahn in der weiteren Planung berücksichtigt werden solle.

Ratsherr Manlik gibt zu bedenken, dass sich die Erreichbarkeit des Parkhauses schwierig gestalte. Ratsherr Manlik betont, dass am Busbahnhof insbesondere sanitäre Anlagen und ein überdachter Wartebereich fehlen würden. Ratsherr Manlik bemängelt, dass auf der vorgelegten Planung die Darstellung dieser Nebenanlagen fehlen würde.

Auf Frage von Ratsherrn Dr. Plinke erklärt Herr Heinz, dass Taxen den Bereich weiterhin problemlos nutzen könnten.

Ratsfrau Palm weist darauf hin, dass die gleichzeitige Nutzung des Busbahnhofes durch den ÖPNV und den Fernbusverkehr zurzeit problematisch sei. Die jetzt vorgestellte Lösung stelle eine Entspannung der vorhandenen Situation dar. Ratsfrau Palm führt weiterhin aus, dass eine erhebliche Anzahl von zusätzlich abzustellenden Fahrrädern berücksichtigt werden müsse.

Ratsfrau Palm bittet um Aussagen zu einem möglichen Umsetzungstermin und zur Finanzierung der Maßnahme. Ratsfrau Palm regt eine Kofinanzierung durch die Stadt und die Deutsche Bahn an.

Herr Benscheidt erläutert, dass eine finanzielle Beteiligung der Deutschen Bahn als Grundstückseigentümerin angestrebt sei. Die Detailplanung solle 2016 erfolgen, der Baubeginn sei frühestens 2017 zu erwarten.

Ratsherr Hinrichs erklärt, dass bei der Betrachtung der verschiedenen Standorte auch die Frage berücksichtigt werden müsse, wer Eigentümer des Grundstücks sei. Dies habe erheblichen Einfluss auf die zeitnahe Umsetzung der Maßnahme. In diesem Zusammenhang regt Ratsherr Hinrichs auch eine Prüfung des Standortes Europaplatz an.

Ratsherr Dr. Plinke bittet darum, nach der Genehmigung der Niederschrift in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses die Protokollierung zu diesem TOP an den Stadtbezirksrat Innenstadt weiterzuleiten.

Stadtbaurat Leuer sagt dies zu.

3.6. 124. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig; Anhörung zur Teiblehnung der Genehmigung

15-00832

Stadtbaurat Leuer weist auf einen redaktionellen Fehler in der Mitteilung hin. Das Datum zur Abgabe der Stellungnahme müsse von 28.09.2005 in 28.09.2015 geändert werden.

Auf Frage von Ratsherrn Schicke-Uffmann teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass die Genehmigung grundsätzlich innerhalb von drei Monaten, im vorliegenden Fall bis zum 22.10.2015, erteilt werden müsse.

Ratsherr Rosenbaum bittet darum, den Fraktionen das Ursprungsschreiben des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig vom 10.09.2015 zur Verfügung zu stellen.

Stadtbaurat Leuer sagt dies zu.

Ratsherr Rosenbaum weist darauf hin, dass die Kanalbrücke bereits jetzt für Transporte von Castoren ungeeignet sei. Dieses Problem würde sich bei einer weiteren Zunahme des Verkehrs – besonders beim Transport von Castoren – weiter verschärfen. Ratsherr Rosenbaum regt an, diesen Aspekt noch in die Stellungnahme aufzunehmen.

Stadtbaurat Leuer sagt zu, den Hinweis an den Bevollmächtigten der Stadt, Herrn Rechtsanwalt Dr. Schiller, mit der Bitte um Prüfung weiterzuleiten. Eine Zusicherung, dass der Hinweis in die Stellungnahme aufgenommen werde, könne jedoch nicht gegeben werden. Es sei geplant, das Schreiben am 25.09.2015 zu versenden.

Nach weiterer Diskussion nimmt der Ausschuss die Mitteilung zur Kenntnis.

Mündliche Mitteilungen:

Werbeanlage Wendenring

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht anhand des im Sitzungssaal ausgehängten Fotos, dass an dem Gebäude Wendenring 4 derzeit eine Werbeanlage in Form einer Leinwand vorhanden sei.

Beantragt worden sei nunmehr die Änderung der Werbeanlage in Form einer Videowand. Für das Wechseln der Bilder auf der Videowand seien längere Zeitintervalle vorgesehen. Die Werbeanlage werde kleiner und gefälliger an das Gebäude angepasst. Die Verwaltung beabsichtige daher, die Baugenehmigung zu erteilen.

Auf Frage von Ratsherrn Schicke-Uffmann bestätigt Stadtbaurat Leuer, dass die maximale Anzahl der Wechselintervalle der Bilder in der Baugenehmigung geregelt würde.

Ratsherr Herlitschke erklärt, dass sich die Lichtemissionen erhöhen würden, da statt einer indirekt beleuchteten Leinwand nunmehr eine direkt beleuchtete Videowand installiert werden solle. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass auch die maximal zulässige Lichtstärke in der Baugenehmigung geregelt werde.

Werbeanlage Schlosscarree

Stadtbaurat Leuer nimmt Bezug auf die denkmalgeschützte „Spare“-Werbung an dem Gebäude Schlosscarree am Bohlweg. Der dazugehörige Schriftzug „Deutsche Bank“ sei nicht denkmalgeschützt. Der Eigentümer sei nunmehr die Volksbank, die auch den Erhalt des Denkmals finanziere. Der Schriftzug „Deutsche Bank“ solle daher durch den Schriftzug „Volksbank“ ersetzt werden.

4. Radverkehrsführung Stöckheimstraße

15-00298

Herr Benscheidt teilt auf Frage von Ratsherrn Dr. Plinke mit, dass die Markierung für Radfahrer am Beginn des Kreisverkehrs ende, weil eine Markierung innerhalb des Kreisverkehrs nicht zulässig sei.

Ratsherr Wendt berichtet, dass eine vergleichbare Markierung im Querumer Kreisel vorhanden sei.

Herr Benscheidt sagt eine Überprüfung zu.

Beschluss:

„Im Verlauf der Stöckheimstraße in Mascherode werden zwischen Ortseingang und Kreisverkehr beidseitig Schutzstreifen für den Radverkehr eingerichtet.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Wallring-Süd", IN 236 Stadtgebiet zwischen Wilhemitorwall, Westlichem Umflutgraben der Oker, Gieseler, Kalenwall, Bruchtorwall, Lessingplatz, Augustorwall, Östlichem Umflutgraben der Oker, Bürgerpark, Volkswagen-Halle, Konrad-Adenauer-Straße, Theodor-Heuss-Straße, Holzhof und der Straße Am Alten Bahnhof

15-00087

Beschluss:

„Für das im Betreff genannte und in Anlage 1 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Wallring-

Süd", IN 236, beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 6. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Wallring-Ost", IN 235 15-00476**
Stadtgebiet zwischen Wolfenbütteler Straße, Hennebergstraße,
Bürgerpark, Östlichem Umflutgraben der Oker, Bürgerbadepark,
Augusttorwall, Lessingplatz, John-F.-Kennedy-Platz, Löwenwall,
Magnitorwall, Theaterwall, Am Fallersleber Tore, Botanischer
Garten, Kasernenstraße, Bismarckstraße, Parkstraße, Adolfstra-
ße und Campestraße
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Ratsherr Schicke-Uffmann fragt, warum in den textlichen Festsetzungen nicht das Merkblatt "Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen von 2013 genannt worden sei.

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass in den Hinweisen zu den textlichen Festsetzungen fälschlicherweise auf die Ausgabe von 1989 hingewiesen worden sei. Da es sich aber um Hinweise handele und diese keine Rechtsverbindlichkeit entwickelten, sei die konkrete Angabe der Ausgabe für den Bebauungsplan unerheblich. Die Änderung würde dennoch mit aufgenommen.

Stadtbaurat Leuer beantwortet weitere Fragen von Ratsherrn Schicke-Uffmann.

Beschluss:

- "1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 5 und 6 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Wallring-Ost“, IN 235, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltung: 1

- 7. Rad-/Gehweg Mascherode - Salzdahlum 15-00566**

Ratsherr Dr. Plinke bittet um Erklärung, warum nur ein Teilstück des Radweges errichtet werden solle.

Herr Benscheidt erklärt, dass der komplette Radweg zwischen Mascherode und Salzdahlum errichtet werden solle. Die Maßnahme sei ein Gemeinschaftsprojekt des Landkreises Wolfenbüttel, der Stadt Wolfenbüttel und der Stadt Braunschweig und solle in einem Stück abgewickelt werden. Zur Übersichtlichkeit seien jedoch nur die Pläne für das Gebiet der Stadt Braunschweig beigelegt worden.

Auf Frage von Ratsherrn Dr. Plinke teilt Herr Benscheidt mit, dass die Maßnahme in diesem Jahr ausgeschrieben werden solle und der Bau des Radweges für das Frühjahr 2016 geplant sei.

Bürgermitglied Räder nimmt Bezug auf die Unterlagen zum Verzicht auf Planfeststellung und bittet zu gegebener Zeit um eine Mitteilung an den Planungs- und Umweltausschuss hinsichtlich der erfolgten Ausgleichsmaßnahmen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Beschluss:

- „1. Der Planung und dem Bau eines Rad-/Gehweges entlang der Landesstraße L 630 zwischen Mascherode und Salzdahlum wird zugestimmt.
2. Dem Verzicht auf Planfeststellung wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 8. Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen; städtische Stellungnahme gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie** **15-00574**

Beschluss:

in der Fassung der Vorlage 15-00574-01

Abstimmungsergebnis:

in der Fassung der Vorlage 15-00574-01

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 8.1. Beteiligung nach § 15 Bundesberggesetz zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen; städtische Stellungnahme gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie** **15-00574-01**

Auf Anregung von Ratsherrn Schicke-Uffmann sagt Stadtbaurat Leuer zu, dass zur Sitzung des Verwaltungsausschusses eine Ergänzungsvorlage erfolge und die Stellungnahme gegenüber dem LBEG dahingehend ergänzt werde, dass von der Möglichkeit einer Befreiung von der Betriebsplanpflicht nach § 51 Abs. 3 BBergG kein Gebrauch gemacht werde.

Ratsfrau Ohnesorge fragt, ob die Verwaltung Kenntnisse zu Reaktionen anderer Kommunen wie Gifhorn, Salzgitter, Peine etc. habe.

Frau Costabel führt aus, dass informelle Kontakte zu anderen Kommunen bestünden. Auf Nachfrage von Ratsherrn Kühn erklärt Frau Costabel, dass bisher keine veröffentlichten Äußerungen anderer Kommunen bekannt seien.

Beschluss:

"Der Stellungnahme (Anlage 1) wird zugestimmt."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Anträge

- 9.1. Elektromobilität voranbringen** **15-00555**

Ratsherr Dobberphul erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Ratsherr Herlitschke geht auf den Punkt 3 des Antrages ein. Aus seiner Sicht sollten keine Ausnahmen von Zufahrtsbeschränkungen oder Durchfahrtsverboten, insbesondere in Fußgängerzonen, erfolgen.

Nach weiterer Diskussion wird vereinbart, über Punkt 3 des Antrages getrennt abzustimmen.

Beschluss:

"Die Verwaltung wird gebeten, die Bevorrechtigungen für Elektrofahrzeuge, insbesondere mit Blick auf folgende Punkte, zu prüfen und konkrete Umsetzungsvorschläge vorzustellen:

1. Für das Parken auf öffentlichen Straßen und Wegen
2. Bei der Nutzung von für besondere Zwecke bestimmten öffentlichen Straßen
3. Zulassen von Ausnahmen von Zufahrtbeschränkungen oder Durchfahrtsverboten
4. Kostenloses Parken in den von der Stadt betriebenen Parkhäusern und auf von ihr bewirtschafteten Parkplätzen"

Abstimmungsergebnis:

zu Punkt 1, 2 und 4:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 3

zu Punkt 3:

dafür: 7 dagegen: 2 Enthaltungen: 2

9.2. Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose für Braunschweig 15-00611

Beschluss:

"Die Verwaltung wird gebeten, die aus dem Jahr 2013 stammende Wohnungsbedarfsprognose für Braunschweig aktualisieren zu lassen und schnellstmöglich dem Rat über seine Ausschüsse zuzuleiten. Der Prognosezeitraum wird dazu bis in das Jahr 2035 erweitert."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 4 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

9.2.1. Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose für Braunschweig 15-00834 / Änderungsantrag zum CDU-Antrag 15-00611

Ratsherr Hinrichs und Ratsherr Manlik erklären, dass der Ausschuss den Antrag und den Änderungsantrag passieren lassen sollte und die Verwaltung zunächst prüfen möge, ob der Änderungsantrag überhaupt zulässig sei, da er sich inhaltlich nicht auf den Antrag der CDU-Fraktion beziehe.

Ratsfrau Palm erläutert, dass sich der Änderungsantrag auf den Ursprungsantrag beziehe und in der heutigen Sitzung über beide Anträge abgestimmt werden solle. Auch aus Sicht von Ratsherrn Herlitschke und Ratsfrau Ohnesorge solle über beide Anträge abgestimmt werden.

Die CDU-Fraktion stellt daraufhin den Geschäftsordnungsantrag, beide Anträge passieren zu lassen.

Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

dafür: 4 dagegen: 5 Enthaltungen: 2

In der Folge wird über die Anträge inhaltlich beraten.

Ratsherr Manlik führt aus, dass aufgrund der aktuellen Zahlen der NBank neue Erkenntnisse vorliegen würden und daher eine Aktualisierung der Wohnungsbedarfsprognose erforderlich sei.

Ratsfrau Palm erklärt, dass das Gewos-Gutachten die Grundlage des Beschlusses für das Wohnraumversorgungskonzept sei. Der Beschluss hierzu sei erst im März 2015 einstimmig erfolgt. Auf Grundlage dieses Gutachtens müsse weitergearbeitet werden.

Ratsherr Herlitschke geht auf das Gutachten der NBank aus dem Jahr 2008 ein. Durch den Vergleich mit dem aktuellen Gutachten der NBank sei erkennbar, dass sich die Prognose innerhalb von 7 Jahren völlig geändert habe. Es sei daher nicht sinnvoll, den Prognosezeitraum bis in das Jahr 2035 zu erweitern.

Ratsherr Hinrichs erläutert, dass sich auch die Zahlen des Gewos-Gutachtens nicht als zutreffend darstellen könnten. Daher seien möglichst kurze Updateintervalle für die Ermittlung der Zahlen zwingend erforderlich. Um zeitnah nachsteuern zu können, solle sich daher nicht nur auf eine Prognose verlassen werden.

Ratsherr Schicke-Uffmann macht darauf aufmerksam, dass kurze Update-Intervalle nicht sinnvoll seien, da es sich bei der Wohnraumpolitik generell um eine mittelfristige Planung handele.

Der Ausschuss stimmt über beide Anträge mit folgender Protokollnotiz ab:

„Die Verwaltung soll bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 29.09.2015 prüfen, ob der Änderungsantrag 15-00834 zulässig ist, weil er sich inhaltlich aus Sicht der CDU-Fraktion nicht auf den Antrag 15-00611 bezieht“.

Beschluss:

"Die Verwaltung wird gebeten, das im März einstimmig beschlossene und auf der Wohnungsbedarfsprognose („Gewos-Gutachten“) von 2013 fußende Wohnraumversorgungskonzept zur Realisierung von rd. 5000 Wohnungen bis 2020 konsequent und wie geplant zeitnah umzusetzen."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 5

9.3. Änderungsantrag zu 15-00065 (Kopfsteinpflaster angleichen)

15-00450

Ratsfrau Ohnesorge erläutert den Antrag der Fraktion Die Linke.

Ratsherr Herlitschke gibt zu bedenken, dass auch andere Planungen, die mit diesem Bereich zusammenhängen, berücksichtigt werden müssten. Die beantragte Maßnahme sei vor dem Hintergrund der Barrierefreiheit zwar nachvollziehbar, der historische Bereich müsse jedoch auch aus städtebaulicher Sicht betrachtet werden, was für den Erhalt des Kopfsteinpflasters spreche.

Ratsherr Herlitschke führt weiter aus, dass die Errichtung und der Standort von Wetter-schutzeinrichtungen auch vor dem Hintergrund des Stadtbahnausbaukonzeptes betrachtet werden müsse. Zum jetzigen Zeitpunkt sei eine Realisierung daher nicht sinnvoll.

Zur Zeit könne der Maßnahme daher nicht zugestimmt werden.

Ratsfrau Palm erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag aus den genannten Gründen ablehne.

Aus Sicht von Bürgermitglied Labitzke sollte auch der Gestaltungsbeirat in die Umgestaltung des Altstadtmarktes eingebunden werde.

Bürgermitglied Dreischhoff erklärt, dass an den Gestaltungsbeirat kein Planungsauftrag vergeben werden könne.

Ratsherr Manlik weist darauf hin, dass es sich bei dem vorgelegten Antrag um einen Haushaltsantrag handele.

Ratsfrau Ohnesorge erklärt, dass die Maßnahme nicht bereits 2016 durchgeführt werden solle. Zunächst solle die Planung erfolgen, ggf. erforderliche Änderungen z.B. durch das Stadtbahnausbahnkonzept könnten dann in die Planung einfließen. Außerdem könnten Lösungen realisiert werden, die den historischen Erhalt des Altstadtmarktes sicherstellen würden und trotzdem funktional seien.

Ratsherr Kühn erklärt, dass auch andere historische Bereiche in Braunschweig Barrierefrei gestaltet werden müssten.

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Umgestaltung und Sanierung des Altstadtmarktes in das Investitionsprogramm 2015 - 2019 aufzunehmen. Dabei sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Neubau der Marktfläche in einer bautechnischen Form, die sowohl eine barrierefreie Benutzung ermöglicht, als auch gestalterischen Aspekten entspricht
- Umbau der Haltstellen zu barrierefreien Haltestellen
- Errichtung von Wetterschutzeinrichtungen an den Haltestellen“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 2 dagegen: 9 Enthaltungen: 0

9.4. Beitritt der Stadt Braunschweig zur Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e. V. (AGFK) 15-00685

Herr Benscheidt erläutert, dass die Stadt Braunschweig Gründungsmitglied des AGFK ist.

Der Antrag wird daraufhin von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

9.5. Unterschutzstellung von Grund und Boden in der Stadt 15-00716

Ratsherr Rosenbaum erläutert den Antrag der BIBS-Fraktion.

Stadtbaurat Leuer berichtet, dass die Stadt am Altlastenverzeichnis arbeite. Hierfür befände sich eine zusätzliche Stelle einer befristeten Halbtagskraft gerade im Besetzungsverfahren. Für eine Unterschutzstellung des gesamten städtischen Bodens gäbe es jedoch keine Rechtsgrundlage.

Beschluss:

„Die bereits vorliegenden Informationen aus dem Altlastenverzeichnis werden vereinheitlicht und die Arbeit am Boden-Kataster wird wieder aufgenommen mit der Zielrichtung einer Unterschutzstellung des gesamten städtischen Bodens und Untergrundes.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1 dagegen: 7 Enthaltungen: 3

9.6. Bewertung des Nationalen Entsorgungsprogramms

15-00717

Ratsherr Rosenbaum erläutert den Antrag der BIBS-Fraktion.

Stadtbaurat Leuer verweist auf das Schreiben an das Umweltministerium und erklärt, dass ein zusätzliches Gutachten nicht sinnvoll sei.

Ratsherr Dobberphul erklärt, dass es für den Transportweg bereits ein Gutachten gäbe, das auch im Rat vorgestellt worden sei. Hierzu sei eine Überarbeitung und Konkretisierung der Gefährdungspotentiale beschlossen worden. Eine entsprechende neue Transportstudie werde zurzeit erstellt. Für den Antrag gäbe es daher keine Grundlage.

Beschluss:

"Die Stadt gibt ein Gutachten in Auftrag, das eine Bewertung des Nationalen Entsorgungsprogramms (NaPro) mit den möglichen Auswirkungen, insbesondere den möglichen Gefährdungen für den städtischen Raum, vornimmt."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 2 dagegen: 6 Enthaltungen: 3

9.6.1. Bewertung des Nationalen Entsorgungsprogramms

15-00717-01

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9.7. Baumschutz bei Bebauungsplänen

15-00721

Ratsherr Herlitschke erläutert den Antrag. Es solle verhindert werden, dass auf Flächen, für die ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt werde, Bäume gefällt würden.

Ratsfrau Palm regt an, den Antrag passieren zu lassen, da von Seiten der SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe.

Herr Warnecke erläutert, dass zurzeit geprüft werde, entsprechende Regelungen in den Planerkostenvertrag mit dem Investor aufzunehmen. Eine Aussage solle zur Sitzung des Rates im November 2015 erfolgen.

Nach weiterer Diskussion lässt der Ausschuss den Antrag passieren.

10. Anfragen

10.1. Personelle Ausstattung von Haus Entenfang

15-00667

Herr Warnecke beantwortet die Anfrage. Die Stellungnahme der Verwaltung ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

10.2. Sachstandsanfrage zum Hochwasserschutzkonzept 2014**15-00686**

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage. Die Stellungnahme der Verwaltung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

10.3. Fracking in Braunschweig?**15-00718**

Herr Warnecke beantwortet die Anfrage. Die Stellungnahme der Verwaltung ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

10.4. Angebot an die BBG wg. Kalandstr. 6 - 9**15-00820**

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage. Die Stellungnahme der Verwaltung ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Herlitschke
Vorsitzender

Leuer
Stadtbaurat

Schulze
Protokollführung